

Schweizerische Vereinigung
für Freiheit, Demokratie
und Menschenwürde
3000 Bern 11

THOMAS FUCHS
GROSSRAT SVP / BE,
SEKRETÄR PRO LIBERTATE



So kann es nicht weitergehen!

Sie wissen es, Politiker wissen es, Medien wissen es, Kinder wissen es – alle wissen es: Die Schuldenberge von Bund, Kanton und Gemeinde nehmen rasant zu, die Schulzinsen fressen immer mehr Steuereinnahmen. Die Nationalbank verkauft unser Gold, Gemeinden verscherbeln Liegenschaften, Kantone versilbern Beteiligungen und findige Buchhalter beschönigen Jahresabschlüsse. Aber das muntere Geldausgeben geht weiter. Hier ein unnötiges 136-Mio.-Tramprojekt, da eine neue Tagesschule, hier ein neuer Waldkindergarten, dort ein Kinderparlament und nun im Berner Grossrat eine weitere Lohnerhöhung für Parlamentarier inkl. Indexierung, also jährlicher Anpassung an die Teuerung. Das Tragische: Einzelne SVPLer und FDPler unterstützten den Vorstoss und verhalfen der Linken zum Ziel. So kann es nicht weitergehen!

Ein Senior neu im Vorstand von PRO LIBERTATE?

ALFRED ZUMBRUNN,
VORSTANDSMITGLIED PRO LIBERTATE

E-Mail: zumbrunn@prolibertate.ch

In einer Vereinigung, welche, so lässt es die Präsenz anlässlich der Hauptversammlungen vermuten, ohnehin durch eine fortschreitende Überalterung bedroht ist? Tatsächlich wäre es wünschenswert, dass sich Jüngere um die Arbeit in vaterländischen Organisationen reissen würden. Leider tun sie es nicht. Warum ist das so und was lässt sich gegen diese Erscheinung unternehmen?

Vor Jahren, im Vorfeld der EWR-Abstimmung, erklärte sich ein junger Lehrer klar für den Beitritt der Schweiz zu EWR und EU. Auf die Bitte einer Begründung sagte er, er wisse es nicht, er habe noch nicht darüber nachgedacht. Als während der darauf folgenden Diskussion der für unser Staatsverständnis wichtige Begriff «Willensnation» fiel, behauptete er, dieses Wort noch nie gehört zu haben. Der Junglehrer, welcher auf der Oberstufe doch wohl staatsbürgerlichen Unterricht zu erteilen hatte, gab mir in der Folge oft zu denken. Ich führte darauf mit einigen jungen Leuten Gespräche über ihr Verhältnis zur Eidgenossenschaft und musste dabei feststellen, dass ihre Kenntnisse über die Geschichte unseres Landes äusserst bescheiden waren. Einige

erklärten unumwunden, praktisch keinen Geschichtsunterricht genossen zu haben. Offenbar ist diese Erscheinung heute allgemein zu beobachten und damit zu beklagen. Ich betrachte sie als eine Folge des kurz nach dem 2. Weltkrieg einsetzenden Wertewandels, bewirkt durch Hochkonjunktur, Wohlstand und 68er-Ungeist, welcher die Staatsidee Schweiz vorerst lächerlich machte und wesentlich dazu beitrug, dass Geschichtsunterricht in den Lehrplänen verschiedener Kantone heute nicht mehr vorgesehen ist. Aufgeschreckt durch die unglaubliche Ignoranz des oben erwähnten Lehrers begann ich, an den

In dieser Ausgabe

- 2 Schuster, bleib bei deinen Leisten
- 2 Volksabstimmung vom 18.5.2003: Lehrstellen-Initiative
- 5 Volksabstimmung vom 18.5.2003: Armee XXI
- 12 Volkssouveränität statt Behördenpropaganda
- 13 Die Spalte des Präsidenten: Pro Libertate
- 16 Zusammenfassung



2
3

Gestaden des Mittelmeeres wandelnd, in Gedanken Briefe über unsere Staatsidee an die junge Generation zu schreiben. Nach meiner Pensionierung reifte der Entschluss, den erarbeiteten Stoff zu vervollständigen und in einem Buch zusammenzufassen. Viele hundert Stunden Studium und Schreibaarbeit, die Suche nach einem Verleger, Jahre voller Begeisterung und Enttäuschungen habe ich mir damit eingehandelt. Dank dem guten Erfolg der Subskription – auch im Kreis von PRO LIBERTATE – konnte das Buch «Europas Eidgenossen» dann vor gut

einem Jahr gedruckt werden. Es wurde bis heute rund 1800-mal gekauft und fand viele begeisterte Leser. Allerdings nicht bei den Massenmedien, diese haben das Buch totgeschwiegen. Und, was mich besonders betrübt, auch nicht bei den Jungen.

Darum will ich mich bei PRO LIBERTATE engagieren. Wir müssen Mittel und Wege finden, die Staatsidee Schweiz bei den jüngeren Bürgern wieder verständlich und beliebt zu machen.

Denn wenn es uns nicht gelingt, Jungbürger und neu Eingebürgerte für das eidgenössische Gedan-



kengut zu gewinnen, werden die kommenden staatspolitischen Abstimmungen nicht in unserem Sinne zu gewinnen sein.

Europas Eidgenossen

Alfred M. Zumbrunn

ISBN 3-9522327-0-X, CHF 28.—

Bestellungen an:

Alfred M. Zumbrunn

Strättlihügel 51, 3645 Gwatt

Tel. 033 336 45 72

E-Mail: alfred@zumbrunn.com

«Schuster, bleib bei deinen Leisten»

UNO-weit wird zurzeit über Hilfsmassnahmen im Irak parliert und an Calmy-Reys Konferenzen koordiniert, doch bis

jetzt hat dieser Aktivismus nichts bewirkt, denn einzig das IKRK kann die Not im Irak lindern helfen. Das IKRK mit seinen bewährten Strukturen und seiner neutralen Haltung, die auf schweizerischer Neutralitätspolitik beruht, wird von den Kriegsparteien akzeptiert. Die Lastwagen, die mit Schweizer Nummernschildern versehen sein müssen, können ihre Hilfsgüter in den Irak transportieren. Paradoxerweise haben wir die momentane Neutralität dem fehlenden Uno-Mandat für den Krieg zu verdanken. Denn hätte der Uno-Sicherheitsrat den Krieg sanktioniert, müssten wir diesen als Uno-Mitglied mittragen. Der Sicherheitsrat vertritt die Völkergemeinschaft und bestimmt nach

AMI BOSSARD
VORSTANDSMITGLIED PRO LIBERTATE

E-Mail: bossard@prolibertate.ch

Artikel 24 über den Weltfrieden und die internationale Sicherheit. Nach Artikel 25 der UNO-Charta müssen die Beschlüsse

des Sicherheitsrates von der Völkergemeinschaft angenommen und durchgeführt werden. Wenn sich die illustre «Wertegemeinschaft» der 15 Staaten des Sicherheitsrates (Frankreich, Russland, China, England, Amerika, Deutschland, Guinea, Mexiko, Pakistan, Syrien, Angola, Bulgarien, Kamerun, Chile) geeinigt hätten, so würde dieser Krieg, der sich wahrscheinlich vom aktuellen Krieg kaum unterscheiden würde, ein «guter» Krieg sein, und wir wären auch dabei. Erneut bestätigt sich, dass die UNO weder Kriege verhindern noch die erste Not lindern kann, sondern sich als Ort des permanenten Streits profilierungssüchtiger Regierungen entpuppt.

Eidgenössische Volksabstimmung vom 18. Mai 2003:

Lehrstelleninitiative

NATIONALRAT HANSRUEDI WANDFLUH,
SVP / BE, FRUTIGEN

Der Grundgedanke, den die Initianten mit ihrem Anliegen aufnehmen, ist bestechend – alle Jugendlichen sollen das Recht haben:

- **den Beruf zu erlernen, den sie wollen,**
- **zu dem Zeitpunkt, den sie wählen,**
- **selbstverständlich an dem Ort, an dem sie es wünschen.**

Haben sich die Initianten aber wohl schon die Frage gestellt, wie es mit der Praktikabilität dieses Anliegen steht? Haben sie nicht festgestellt, wie realitätsfremd die Initiative ist, was sie uns kostet und wie verheerend sie sich auf das duale Bildungssystem auswirken wird? Vermutlich nicht, sonst hätten sie die Initiative längst zurückgezogen. Das Parlament hat ihnen

mit dem neuen Berufsbildungsgesetz eine Brücke gebaut, indem verschiedene Anliegen der Initiative im neuen Gesetz aufgenommen worden sind. Ich denke beispielsweise an den Berufsbildungsfonds.

Die Initianten wollen mit ihrem Vorstoss ein «Menschenrecht für alle Jugendlichen und einen Schlüssel fürs künftige Berufsleben» schaffen. Sie verlangen ein einklagbares Recht auf berufliche Ausbildung. Verantwortlich für ein genügendes Angebot sollen der Bund und die Kantone sein. Es dürfte jedoch wohl kaum reichen, nur ein genügendes Angebot bereitzustellen, sondern es müsste auch am richtigen Ort vorhanden sein. Denn der Mediamatikerlehrling vom Unterengadin will vermutlich nicht nach Zürich, um seine Lehre zu absolvieren. Zudem wird auch nicht danach gefragt, ob für entsprechende Berufsleute überhaupt eine Nachfrage besteht. Berufsleute werden auf Halde produziert, unabhängig von den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes und den Beschäftigungsmöglichkeiten in der Wirtschaft.

Wenn ich das mit einem Praxisbeispiel verdeutliche, sieht das beim Lehrstellennachweis im Kanton Bern zurzeit folgendermassen aus:

Am 11. März 2003 wurden noch 60 Kochlehrlinge gesucht oder 18 Elektromonteure. In Modeberufen wie Informatiker oder Elektroniker hingegen sind kaum mehr Lehrstellen offen. Im Gegenteil, längst nicht alle Jugendlichen, die eine Informatikerlehre absolvieren wollten, fanden einen entsprechenden Ausbildungsplatz. Nach Annahme der Initiative müsste die öffentliche Hand für derartige Lehrstellen sorgen, dies obschon zurzeit kaum Berufsleute in diesem Bereich gefragt sind. Köche hingegen sind am Arbeitsmarkt schwer zu finden.

Wenn der Staat die Verantwortung für genügend Lehrstellen übernehmen soll, dann muss ihm entweder das Recht zugestanden werden zu bestimmen, wer welchen Beruf zu erlernen hat, was stark an kommunistische Praktiken erinnert, oder aber er hat die Ausbildung für die gewünschten Berufe

an Schulen oder in staatlichen Betrieben anzubieten. Er würde dazu verpflichtet, den Überschuss an Lehrlingen, der nicht in der Privatwirtschaft untergebracht werden kann, zu übernehmen, denn die Privatwirtschaft könnte kaum gezwungen werden, Lehrstellen anzubieten für Berufsleute, für die keine Nachfrage besteht. Eine Annahme der Lehrstelleninitiative würde somit klar zu einer Verstaatlichung des Berufsbildungswesens führen. Die Betriebe würden aus der Verantwortung für die Berufsbildung entlassen. Die logische Konsequenz wäre, dass sie die Ausbildung der Berufsleute einstellen und vom Staat die richtige Anzahl Berufsleute zur richtigen Zeit fordern würden. Jetzt fehlt

nur noch, dass nicht nur jeder Jugendliche den Staat einklagen könnte, wenn dieser ihm nicht die richtige Berufslehre anbietet, sondern auch jede Firma vom Klage-recht Gebrauch machen könnte, wenn der Staat nicht die richtigen Berufsleute bereithalten würde. Freude an der Initiative dürften einzig die Juristen haben, denn diese Initiative ist Juristenfutter erster Klasse.

Es bleibt zu hoffen, dass der Lehrstelleninitiative eine deutliche Abfuhr erteilt wird, denn unser Berufsbildungssystem verdient es, erhalten zu werden. Unsere Berufsleute werden im In- und Ausland als gut ausgebildete Fachkräfte geschätzt.

Sowohl Bundesrat als auch National- und Ständerat haben die Lehrstelleninitiative deutlich abgelehnt. Ich bitte Sie, dasselbe zu tun, und sage NEIN zur Lehrstelleninitiative.

Management by Känguruh – mit leerem Beutel grosse Sprünge machen – ist auch für den Staat ein schlechtes Rezept.

Gespräch mit Nationalrat Hansruedi Wandfluh, Frutigen, zu den Themen Wirtschaftslage und Lehrstelleninitiative

Die aktuelle Wirtschaftslage sieht nicht rosig aus. Die Sozialdemokratische Partei (SP) fordert vom Staat eine aktive Investitionspolitik. Sie verlangt, dass der staatliche Wohnungsbau gefördert, die Schuldenbremse aufgehoben wird und die Steuern nicht reduziert werden. Was halten Sie als Unternehmer von solchen staatlichen Massnahmen?

Wenn ich als Unternehmer so handeln würde, wie die SP politisiert, wäre unser Betrieb längst in den Konkurs geschlittert. Management by Känguruh – mit leerem Beutel grosse Sprünge machen – ist auch für den Staat ein schlechtes Rezept. Es ist nicht möglich, durch Schnellschüsse Korrekturen vorzunehmen, um Fehler auszubügeln,

die infolge politischer Fehlentscheide entstanden sind. Ich erinnere an den immer noch laufenden Leistungsausbau bei den Sozialwerken, welchen wir uns schlichtweg nicht mehr leisten können, an die Miseren im Krankenversicherungs- oder Asylwesen sowie an die gesprochenen Milliarden für die Swiss oder die Expo. Gefragt ist eine Politik, die langfristig auf Wachstum ausgerichtet ist, eine Politik, welche die private Initiative fördert, steuerliche Anreize schafft und die Staatsquote senkt.

Nehmen wir zum Beispiel die staatliche Wohnbauförderung: Wäre es wirtschaftlich nicht sinnvoller, anstatt wieder die Gesamtbevölkerung mit Steuern oder Schul-

Hansruedi Wandfluh



Hansruedi Wandfluh wurde am 16. Januar 1952 geboren. Er ist verheiratet und hat 2 Söhne und 1 Tochter. 1978 absolvierte er das Studium an der Eidgenössischen Technischen Hochschule ETH in Zürich. 1983 wurde er Direktor der Wandfluh AG in Frutigen, die im Bereich Hydraulik und Elektronik ein führendes Unternehmen ist. Die Wandfluh AG ist heute eine Holding mit Niederlassungen in den USA, Deutschland und Grossbritannien sowie Vertretungen in weltweit über 30 Ländern. Die Holding beschäftigt 250 Mitarbeiter. Hansruedi Wandfluh ist nicht nur als Unternehmer tätig, sondern auch als Politiker. Seit 1999 ist er Nationalrat der SVP im Kanton Bern.

den zu belasten, die Baugesetzgebung zu lockern, die Behandlungsdauer von Baugesuchen zu limitieren und die hohen Gebühren zu reduzieren?

Ganz sicher wäre dies sinnvoller. Staatliche Investitionsprogramme sind grundsätzlich falsch. Sie kommen erstens zu spät und nützen zweitens den Falschen, nämlich den wettbewerbschwachen Betrieben. Der andauernde Strukturwandel im Baugewerbe wird durch die staatliche Wohnbauförderung unnötig verlängert. Die Voraussetzungen für private Bauinvestitionen sind heute so gut wie selten zuvor. Die Hypothekenzinsen sind auf einem historischen Tief, die Handwerkerpreise günstig und der Leerwohnungsbestand vor allem in städtischen Gebieten tief. Will der Staat die Förderung des privaten Wohneigentums vorantreiben, so ist das steuerbegünstigte Wohnbausparen, wie es in der aktuellen Steuerdebatte im

eidgenössischen Parlament vorgesehen ist, wesentlich effizienter als die staatliche Wohnbauförderung.

Die Lehrstelleninitiative verlangt eine staatliche Förderung von Lehrstellen. Warum bekämpfen Sie die Initiative?

Weil ich für das duale Bildungssystem einstehe und gegen die Verstaatlichung des Bildungswesens bin. Es ist der absolut falsche Weg, die Privatindustrie aus der Pflicht der Lehrlingsausbildung zu entlassen und für die Jugendlichen gegenüber dem Staat ein einklagbares Recht auf eine Lehrstelle zu schaffen. Ja, es ist unrealistisch, jedem Jugendlichen zu dem von ihm gewünschten Zeitpunkt an seinem bevorzugten Ort die Traumlehre anzubieten, und das selbst dann, wenn keine Nachfrage nach entsprechend ausgebildeten Berufsleuten besteht.

Wie können denn mehr Lehrstellen geschaffen werden?

Dies ist eine Aufgabe der Sozialpartner und insbesondere der Betriebe. Durch Information und Motivation kann die Anzahl der Lehrstellen sicher noch gesteigert werden. Weitsichtige Unternehmer bilden junge Leute freiwillig aus, motiviert durch die Tatsache, dass sie auch langfristig gute Berufsleute benötigen.

Eine gute Sache ist der Ausbildungsverbund, in dem zwei oder drei Betriebe zusammen eine Lehrstelle anbieten. Dies ermöglicht Firmen, z.B. Informatikerlehrlinge aufzunehmen, obschon nicht der ganze Ausbildungsstoff in der eigenen Firma angeboten werden kann. Die öffentliche Hand kann bei der Schaffung von Lehrstellen mithelfen, indem sie selber in ihren Organisationen noch mehr Auszubildende beschäftigt.

Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Massnahmen für die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Schweiz?

Ich habe hier die Antwort bereits bei Frage 1 gegeben. Gefragt ist eine Politik, die langfristig auf Wachstum ausgerichtet ist, eine Politik, welche die private Initiative fördert, steuerliche Anreize schafft und die Staatsquote senkt. Insbesondere geht es darum, für Unternehmer günstige Rahmenbedingungen anzubieten. Je attraktiver es ist, Unternehmer zu sein, desto mehr Unternehmungen wird es geben. Wo es Unternehmungen gibt, da werden auch Arbeitsplätze geschaffen. Leider geht der politische Weg heute in eine falsche Richtung.

Wie sehen Ihre persönlichen Prognosen aus, können wir mit einem baldigen Aufschwung rechnen?

Es gibt berufenere Leute, um Prognosen zu stellen. Wir haben uns in der Firma kostenmässig auf eine längere Phase der Konsolidierung eingestellt, wobei wir letztes Jahr die räumlichen Kapazitäten derart erweitert haben, dass wir bei einem einsetzenden Aufschwung sofort reagieren können. Ein rasches Ende des Irakkrieges würde die Investitionshemmungen zwar etwas entschärfen, doch die fundamental negativen Faktoren, insbesondere bei unserem wichtigsten Absatzpartner Deutschland, bleiben vorläufig bestehen.

Sehr geehrter Herr Nationalrat Wandfluh, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Mit Nationalrat Wandfluh sprach Ami Bossard,
bossard@prolibertate.ch

Armee XXI



Zeit aufzuwachen – NEIN zu dieser Armee XXI

NATIONALRAT
DR. J. ALEXANDER BAUMANN,
SVP / TG, KREUZLINGEN

Das Gute bewahren, das Bessere schaffen! Hält die Armee XXI (A XXI) die Versprechen ihrer Gestalter? Oder erweist sie sich als Wolf im Schafspelz? Ihre Kritiker bezeichnen die unter grossem Zeitdruck (warum?) geplante A XXI als Blindgänger. Wesentliche Bausteine der Sicherheitskonzeption Schweiz wie Unabhängigkeit und Miliz sollen abgeschafft und stattdessen ein zum Scheitern verur-

teiltes, von der Nato abhängiges Modell eingeführt werden. Polemik? Nein, Studium des Armeeleitbildes, von Referaten und Artikeln aus dem VBS.

Die heutige Armee ist bereit

Milizsoldaten und -kader haben am WEF und an der Föderalistenkonferenz in St.Gallen zur Sicherheit beigetragen, haben bei den Unwettern im Appenzeller- und Bündnerland und in Gondo viel und rasch geholfen. Die Armee leistet ihren Beitrag zur Sicherheit

am G8-Gipfel von Evian. Und Flughafenregimenter in Genf und Zürich sind innert Stundenfrist im Einsatz, wenn die Flughäfen geschützt werden müssen, wie dies gerade wegen des Terrors in London notwendig geworden ist.

Die Armee XXI will all dies ändern...

All diejenigen Kräfte, die diese Aufgaben bisher wahrnehmen, sollen abgeschafft werden. Die A XXI hat keine Truppen mehr, die mit der Region vertraut sind. Sie



6
7

dringt die Rettungs- und Katastrophenhilfstruppen und streicht die Flughafenregimenter. In den Rekrutenschulen bilden nur noch Profis die Rekruten aus. In der 7. Woche treten die für würdig befundenen Rekruten direkt in die Offizierschule über. Was jetzt verloren geht: Jeder Offizier musste sich bereits in der RS bewähren. In der Ostschweizer Panzer-Brigade sind dem Vernehmen nach ab dem Jahr 2004 sämtliche Kommandanten Instruktionsoffiziere. Damit wird der Miliz-Begriff zur Farce. Es ist damit zu rechnen, dass die A XXI als Übergangsarmer in 10 Jahren zur (unbezahlbaren) Berufsarmee gewandelt wird. Das Bereitschaftselement sollen ein paar wenige unerfahrene Durchdiener bilden. Angeleitet, ausgebildet und geführt von Profis anstelle von mit der Region vertrauten, hoch qualifizierten Milizkadern. Verbessert die A XXI unsere Sicherheit gegen die neuen Bedrohungen?

...die Leistungsfähigkeit reduzieren...

Die aktive A XXI wäre noch einen Drittel so gross wie die heutige Armee. Und sie ist nicht einmal ein Viertel so leistungsfähig, weil die Milizkader in Ausbildung und Führung abgebaut werden. Mit den stark reduzierten Beständen kann sich die Schweiz nicht mehr selber verteidigen. «Das Gros der Armeeaufträge kann unter den gegebenen Bedingungen nur mehr in Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Partnern erfüllt werden», heisst es in einem VBS-Papier.

...und mit dem Ausland kooperieren

«Sicherheit durch Kooperation» lautet daher das Motto. Zu diesem Zwecke hat der Bundesrat den Beitritt zur militärischen «Partnership for Peace» (PfP) als auch zum «Euroatlantischen Partnerschaftsrat» (EAPC) beschlossen und vollzogen. Diese Anhängsel der NATO wurden als Trainingslager für einzelne Staaten des Ostblocks zur Vorbereitung für die Aufnahme in die NATO geschaffen. Seit 1998 legt der Bundesrat deshalb regelmässig mit der NATO die Bereiche fest, in denen er die Armee NATO-beitrittsfähig

macht. Weder Parlamentarier noch das Volk kennen den klassifizierten Inhalt dieser Vereinbarungen (sog. PARP-Ziele). VBS-Vertreter pilgern regelmässig nach Brüssel, um der NATO den Stand der Interoperabilität (Survey of Overall PfP Interoperability) ehrerbietig offenzulegen.

Preisgabe der Unabhängigkeit

Neu ist also, dass Bundesrat und Parlamentsmehrheit unter Missachtung der bisher geltenden Regeln der schweizerischen Neutralität die Zusammenarbeits- und Beitrittsfähigkeit mit der NATO erreichen wollen. Das gibt den USA eine willkommene Möglichkeit zur Disziplinierung und zur Einbindung der Schweiz in ihre Supermachtspolitik. Wichtige Armeepoliten fordern folgerichtig: «der goldene Käfig der Neutralität muss aufgegeben werden». Dr. Anton Thalmann, ehemals stv. Generalsekretär VBS, jetzt Botschafter bei der NATO in Brüssel, sagte: «Man muss die Neutralität, an der kein Bedarf mehr besteht, sanft einschlafen lassen.»

Ein Staat aber, der zur Verteidigung seiner Neutralität der Kooperation mit Verbündeten bedarf, hat seine Neutralität verloren, weil der Verbündete über seine Unterstützung entscheidet. Daher hat die Schweiz mit der bewaffneten Neutralität stets angestrebt, sich autonom zu verteidigen. Sind wir aber dazu nicht mehr in der Lage, ist die Neutralität vom Kooperationspartner abhängig, und unser Land entledigt sich seiner staatlichen Unabhängigkeit. Wenn wir im Voraus erklären, dass wir unser Land nicht mehr autonom – aus eigener Kraft – verteidigen können, begehen wir Verrat an der Grundidee der Selbstbehauptung unseres Staates.

Bild: Armeephotosdienst



Armee XXI: Die richtige Antwort

STÄNDERAT HANS-RUDOLF MERZ,
FDP / AR, HERISAU

Unser Land kann dank seiner Topographie wirkungsvoll verteidigt werden. Berge, Täler, Flüsse, Wälder und dichte Überbauungen schreckten in der Vergangenheit Panzerheere ab und waren mitentscheidend, dass die Schweiz von Angriffen verschont blieb. Mit dem Ende des Kalten Krieges hat sich das Gesicht der europäischen Armeen verändert; sie sind heute vor allem kleiner und stark

technologisiert. Gleichzeitig hat die militärische Bedrohung auf dem Kontinent abgenommen.

Mit zeitlicher Verzögerung können wir nun unsere Landesverteidigung ebenfalls dem neuen strategischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umfeld anpassen. Die Armee muss dabei wie bisher erstens die Verteidigung unseres Landes sicherstellen, zweitens Gefahren und Katastrophen bewältigen helfen und drittens in der Friedensförderung mitwirken. Daraus ergibt sich das Anforderungsprofil für die neue Armee: Sie muss einen klaren Auftrag haben, im Volk verankert sein, nach dem Milizprinzip funktionieren, und sie muss schliesslich bezahlbar sein. Die Armee XXI ist genau die richtige Antwort, denn sie wird kleiner, schlanker, beweglicher, gut ausgerüstet und optimal ausgebildet sein. Die Wächter und Hüter der Tradition halten demgegenüber an einem Dogma aus dem Zweiten Weltkrieg, u.a. an einem «Massenheer», fest. Ihre Vorstellung ist damit die falsche Antwort auf eine richtige Frage.

Ein wichtiger Faktor bleibt das Milizprinzip, auch wenn es in jüngerer Zeit viel von seiner Mobilisierungskraft verloren hat. Es ist zudem bedroht durch den Irrtum,

Armee XXI schafft die direkte Demokratie in wichtigen Armeefragen ab

CHRISTIAN WYSS,
MITGLIED PRO LIBERTÄTE, WINKEL-RÜTI

Gegen die Änderung des Militärgesetzes wurde das Referendum ergriffen. Ein zentrales Argument gegen diese Änderung lautet wie folgt: «Das Militärgesetz schafft die direkte Demokratie in wichtigen Armeefragen ab. Gemäss geplantem Militärgesetz sollen Bundesrat und Bundesversammlung zentrale Armeebelange in Verordnungen regeln können. Diese Verordnungen unterstehen aber nicht dem Referendum. Dadurch hätten die Behörden in Zukunft freie Bahn, die Armee ohne Mitbestimmung des Volkes umzugestalten.»

Das Referendum, über welches das Schweizervolk am 18. Mai abstimmen muss, höhlt die Reputation der Armeeführung und die Glaubwürdigkeit im sicherheitspolitischen Umfeld aus. Und das ist schlecht! Allein die Vorstellung aber, dass die Bundesversammlung – von welcher ein guter Teil während der Sitzung persönlichen Geschäften nachgeht – in Zukunft entscheiden kann, weckt Unbehagen und steht im Widerspruch zum Prinzip der Volksarmee, die der Stolz der Schweizerischen Eidgenossenschaft von alters her ist. Darum ist das Militärgesetz über die Armee XXI zu verwerfen.

Bild: Luftwaffe



man könne Leistungen für die Gemeinschaft einfach in Geld verwandeln, und es muss sich letztlich oft mit Amateurismus bescheiden. Dennoch bleibt es in unserem Staatsgefüge ohne Alternative: Es beruht auf Solidarität, Opferbereitschaft, Lastenverteilung und Wehrgerechtigkeit. Miliz in der Armee entwächst dem Alltag, ob des Studierenden, Arbeits-

tätigen, Spezialisten oder Bauern, und muss sich mit zeitlich kurzen, konzentrierten Einsätzen behelfen. Miliz kann dabei in der Truppenführung nur von Milizkadern zum Leben gebracht werden. Genau das will die Armee XXI weiterhin.

Das Projekt wird als Prozess gestaltet. Was es bisher noch nie gab: Ein politisches Controlling soll

■ ■ Armee XXI
ist eine Miliz-Armee! ■ ■

die Einführung begleiten, und wichtige Strukturfragen können nach zwei Jahren auf ihre Tauglichkeit überprüft werden.

Armee XXI: Effizienz steigern

KANTONS RAT PETER HAAG,
SVP / SG, KOMPANIEKOMMANDANT

Genau ein Monat trennt uns von der Volksabstimmung. Ja oder Nein zu einer modernen Armee? Ja oder Nein zu einem modernen Bevölkerungsschutz? Wir wollen eine moderne Armee und einen modernen Bevölkerungsschutz. Wir wollen Sicherheitsinstrumente, die in die Zukunft orientiert sind und die Réduit-Szenarien aus

dem letzten Jahrhundert überwinden. Wir haben – nicht zuletzt – ein Anrecht darauf, dass jeder Steuerfranken optimal eingesetzt wird. Wir wollen in unserer Mehrheit – genauso wenig wie Parlament und Bundesrat – *nicht* in die Nato. Deshalb ist das Hauptargument der Gegner reine Phantasie und an Einfallslöslichkeit nicht zu überbieten. Denn die Behauptung, wir wollten in die Nato, ist uns schon bei früheren Abstimmungen

entgegengehalten worden. Sie hat auch damals nicht verfangen. Eine Lüge bleibt eine Lüge, auch wenn man sie hundertmal wiederholt. Ebenso unsinnig ist der Vorwurf, die Armee XXI verletze die Neutralität und damit die Verfassung. Wir erwarten vom Referendumskomitee eine sachliche Auseinandersetzung über die Armeereform, und nicht eine realitätsfremde ideologische Debatte. Die Armee XXI ist ein Kompromiss. Sie ist aber ein Kompromiss, der alle zwingenden Anforderungen erfüllt. Welche Vorgaben gibt uns die Bundesverfassung? Erstens die *Armeeaufträge* (in Artikel 58), zwei-

tens das *Milizprinzip* (ebenfalls in Artikel 58) und drittens das *Neutralitätsgebot* (in den Artikeln 173 und 185). Die Armee XXI ist in der Lage, ihre Aufträge zu erfüllen. Das Milizprinzip wird auch mit der Einführung von bis zu 15% Durchdienern und einer leichten Aufstockung des militärischen Berufspersonals nicht nur gewahrt, sondern in der Substanz verstärkt. Die internationale Kooperation in der Ausbildung, bei friedensunterstützenden Einsätzen, bei der Unterstützung humanitärer Hilfeleistungen und bei der Rüstungsbeschaffung entspricht dem Neutralitätsrecht auf das Komma genau. Neben den Vorgaben der Verfassung wurde die Entwicklung unseres sicherheitspoliti-

schen Umfeldes berücksichtigt – für eine Armee reform vielleicht nicht ganz unwichtig.

Die Bedrohungs- und Gefährdungslage ist diffuser als früher, viele Bedrohungen und Gefahren sind grenzüberschreitend, die Armee wird zunehmend für subsidiäre Einsätze herangezogen. Daraus ergeben sich die Bedürfnisse nach Flexibilität – und als Grundlage dafür auch Modularität –, nach Kooperation und Kooperationsfähigkeit, nach abgestufter Bereitschaft und auch nach besserem Ausbildungsstand, woraus sich eine verlängerte Rekrutenschule und Wiederholungskurse im Jahresrhythmus ableiten.

Eine weitere Vorgabe sind die *Finanzen*. Wir müssen die Armee

verkleinern und die Effizienz steigern. Jammern ist kein Zukunftsprogramm. Und der Versuch, eine überdimensionierte Fassade aufrechtzuerhalten, hinter welcher die Substanz abbröckelt, ist nicht zu verantworten. Wir können uns noch so sehr wünschen, dass die Finanzlage anders wäre: Die Fakten sind so, wie sie sind, und wir kommen an ihnen nicht vorbei. Weiter müssen wir das berücksichtigen, was wir etwas abstrakt als *«Bedürfnisse von Wirtschaft und Gesellschaft»* bezeichnen. Dieses Bedürfnis ist konkret und drückt sich darin aus, dass wir Mühe haben, die nötige Anzahl von Milizkadern zu erhalten. Die Herabsetzung des Entlassungsalters, die Kürzung und Straffung der Kaderausbildung und die Verbesserung der Ausbildung – die damit auch für das Berufsleben wertvoller wird – ergeben sich aus dem Bemühen, die Militärdienstpflicht besser auf die Bedürfnisse von Beruf und Familie abzustimmen. Schliesslich müssen wir auch dafür besorgt sein, dass die Armee mit der *rüstungstechnischen Entwicklung* Schritt hält. Die Armee ist in letzter Konsequenz dazu da, das Land gegen einen Angreifer zu verteidigen und das Volk zu schützen. Wir können uns den Technologiestand eines

■ ■ Armee XXI
stärkt das Milizprinzip! ■ ■

potentiellen Angreifers nicht auswählen. Die Technologie erlaubt uns, die Bestände zu verringern. Sie verlangt aber eine gute Ausbildung und vor allem finanzielle Investitionen. Wir müssen die dafür nötigen Mittel innerhalb des Verteidigungsbudgets generieren.

Deshalb meine nachdrückliche Forderung nach Effizienz. Die Armee XXI berücksichtigt alle diese Rahmenbedingungen. Ausstehende können es sich vielleicht leisten, über den einen oder anderen Sachzwang hinwegzusehen. Als Kompaniekommandant

stehe ich in der Verantwortung gegenüber meinen Kadern und Soldaten. Aus dieser Verantwortung heraus stehe ich ohne jeden Abstrich hinter dem Projekt Armee XXI und lege überzeugt ein Ja zur A XXI in die Urne. Ich zähle auf Ihre Mithilfe.



Bild: Bundesamt für Unterstützungstruppen

■ Freiheit und Sicherheit gibt es nicht zum Nulltarif! ■■

Ablehnung würde den Armeegegnern helfen...

PETER REICHERT, FOUR AD,
MITGLIED PRO LIBERTATE, BASEL

Meine Gedanken zum Thema Armee reform XXI: Wenn auch vieles anders werden soll und viele Traditionen verloren gehen werden, so müssen wir doch Folgendes sehen:

- Die Zeiten ändern sich, ob zum Besseren oder nicht, darüber lässt sich streiten.
- Wenn der Armee immer weniger finanzielle Mittel zugesprochen werden, muss

sie sich wohl oder übel nach der Decke strecken.

- Wenn sich fast alle Gesellschaftsformen ändern und das Geschichtsbewusstsein abhanden kommt, muss man diese Haltung, diese Tatsachen zur Kenntnis nehmen.
- Wenn viele junge Leute nicht mehr in der Lage sind, im Kollektiv zu leben und sich wegen Banalitäten um die Wehrpflicht drücken, dann ist es besser, wenn solche «Weicheier» zum Wehrpflicht-

ersatz-Zahlen verknurrt werden. Denn die Armee kann keine Weicheier brauchen!

Das Fazit meiner Überlegungen ist, dass ich auffordern möchte, der Armeevorlage von Bundesrat und Parlament zuzustimmen. Das Referendum der Gegner ist abzulehnen. Wir brauchen auch weiterhin eine Armee und hoffentlich eine gute Armee. Eine Ablehnung der Vorlage würde den Armeeabschaffern bloss erneut den Weg bereiten, unsere Armee abzuschaffen. Wie würde dann unsere schweizerische Eidgenossenschaft noch bestehen können? Das wollen wir uns doch sicher nicht fragen wollen!

Stellungnahme des Vorstandes von PRO LIBERTATE

Die Vereinigung PRO LIBERTATE hat das Referendum gegen die Armee XXI nicht mitgetragen. Nach einer eingehenden Lagebeurteilung kommen wir zum Schluss, dass die vorliegende Gesetzesvorlage zur Realisierung der Armee XXI mit Blick auf die desolaten Zustände in der Armee 95 akzeptiert werden muss. Schwerer wog die Erkenntnis, dass sich die gesellschaftlichen und vor allem finanzpolitischen Rahmenbedingungen für die Armee in den letzten Jahren drastisch verschlechtert haben. Deshalb geht es ab sofort darum, auch die neue Armee zu unterstützen:

- **Notwendige Rüstungsbeschaffungen sind gegen den Widerstand der Linken und verantwortungsloser bürgerlicher Kräfte durchzusetzen.**
- **Die Wirtschaft ist aufgefordert, der Armee XXI genügend Milizkader zur Verfügung zu stellen. Nur so wird die Miliz auch in den höheren Kadern vertreten bleiben.**

- **Die Miliz muss sich verstärkt für die Armee engagieren. Denn nur so kann die Milizarmee auch in Zukunft erhalten bleiben.**
- **Mit aller Kraft muss die Linke bekämpft werden, welche die Armee so oder so abschaffen will.**

Für PRO LIBERTATE standen folgende Punkte im Vordergrund, welche mit der Armee XXI gewährleistet werden:

- **Die Schweiz hält an der Milizarmee fest.**
- **Der Verteidigungsauftrag hat Priorität.**
- **Das Gebirge bleibt ein militärischer Schlüsselraum.**
- **Der Nato-Beitritt ist keine Option.**
- **Friedensfördernde Auslandseinsätze werden weiterhin nur von Freiwilligen und im Rahmen der gesetzlichen**

Beschränkungen möglich sein.

- **Die Mitsprache des Volkes und des Parlamentes wird gewahrt.**

Für uns steht die grundsätzliche Frage im Raum: Was dient der militärischen Landesverteidigung? Denn nur eine glaubwürdige und moderne Armee garantiert im Verbund mit einer umsichtigen Sicherheitspolitik – dazu gehört auch die innere Sicherheit –, mit einer klugen Aussenpolitik und mit einer strikten Neutralitätspolitik die Unabhängigkeit des Landes.

PRO LIBERTATE bleibt weiterhin eine Kraft, die sich für unsere Schweizer Armee – ob nun «Armee XXI» oder Armee «anderes Modell» – kompromisslos einsetzt. Das ist eine grundsätzliche Aufgabe, die heute und morgen dringend zu erfüllen ist. Dafür sind wir «Experten», aber nicht für technische und organisatorische Einzelaspekte.

Fonds Landesverteidigung

**Fonds Landesverteidigung:
PRO LIBERTATE will bereit sein, wenn die Linke wieder unsere Armee attackieren wird. Und diese Angriffe werden kommen! Deshalb äufnen wir unseren Fonds Landesverteidigung weiter. Wir danken Ihnen herzlich für Ihre Spende mit dem Vermerk «Fonds LV». Ihre PRO LIBERTATE**



Unterschreiben Sie die Volksinitiative «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda»

Überall in der Welt beneidet man uns um unsere demokratischen Rechte, um unseren Föderalismus und um unsere kulturelle Vielfalt. Und dies alles in einer Atmosphäre des Friedens – das ist bei weitem in der heutigen Zeit keine Selbstverständlichkeit. Unzählige Delegationen aus neuen Demokratien kopieren unser demokratisches System und sehen die Schweiz als Modelllösung.

CHRISTIAN SCHMID,
MITGLIED DES INITIATIVKOMITEES,
NIEDERRIED B. KALLNACH

Es darf nicht sein, dass gewisse Politiker und Behördenmitglieder diese Werte – unsere Demokratie in Freiheit und Unabhängigkeit – nicht mehr respektieren – ja – sogar bewusst ignorieren – gar einschlafen lassen! Die Schweiz hat es verstanden, mit viel Fleiss und hoher Qualität Nachteile auszugleichen. Die Schweiz hat es – und das ist ein Wesensmerkmal – immer verstanden, sich eine eigene und besondere Zielsetzung zu geben. Weil aber zugegebenermassen durch allzu viele Gesetze unser Staat immer komplizierter wird, besteht die Gefahr, dass eben langfristig nur noch Spezialisten – sprich Politiker – die Zusammenhänge sehen und kennen.

Damit – ja sogar erst recht – sind wir von der Kontrollpflicht als Souverän nicht befreit, die gewählten Behördenmitglieder zu beobachten und ihnen genau auf die Finger zu schauen, so dass sie nicht willkürlich ihre persönlichen Machtgelüste ausleben können. Und weil wir im Initiativkomitee finden, dass in den letzten Abstimmungen die Behördenpropaganda übertrieben wurde... Und weil wir im Initiativkomitee finden, es lohne sich, liebe Mitbürgerinnen und liebe Mitbürger, mit viel Willen, Selbstvertrauen und grosser Wachsamkeit die weltoffene Schweiz als selbständigen demokratischen Staat auch in Zukunft zu erhalten. Setzen wir heute ein Zeichen zur Erhaltung unserer Demokratie! Mit der Volksinitiative wollen wir die Volkssouveränität erhalten und auf übertriebene Behördenpropaganda verzichten!

- Einer freien Gesellschaft die freie Meinungsbildung erhalten.
- Dem Bundesrat klarmachen, dass mündige Bürger weder der Bundeswerbung noch staatlicher «Information» bedürfen.
- Faire Abstimmungsbedingungen schaffen, ohne behördliche Informationsteppiche zur Lenkung der Volksmeinung.
- Viele Steuermillionen sparen durch Verhinderung rechtswidriger Behördenpropaganda.
- Den Bundesrat daran erinnern, dass er Kollegialbehörde in einer direkten Demokratie und nicht Präsident eines geführten Volkes ist.
- Den Bundesrat daran erinnern, dass er für alle Bürger und alle Landesgegenden da ist.
- Den Bundesrat daran hindern, durch einseitige Parteinahme Zwietracht unter den Bürgern und den Landesgegenden zu säen.
- Klarstellen, dass das Volk in der direktdemokratischen Schweiz das Sagen hat.
- Den Bundesrat auf seinen Platz verweisen.

**Diesem Versand liegt ein entsprechender Unterschriftenbogen bei.
Wir danken Ihnen für Ihre tatkräftige Unterstützung!**

Vorstand PRO LIBERTATE

Spalte des Präsidenten



...Pro Libertate...

WERNER GARTENMANN

E-Mail: gartenmann@prolibertate.ch

Die Alliierten führen Krieg gegen das irakische Schreckensregime von Saddam Hussein. Ich betone mit Absicht den Begriff Alliierte. So genannte Alliierte befreiten 1945 Europa und auch unser Land von einem Schreckensregime – auch damals ohne Mandat einer Völkergemeinschaft. Der Völkerbund scheiterte in den Dreissigerjahren bei der Friedenserhaltung. Und sah tatenlos dem Untergang der Freiheit zu. Um Freiheit geht es auch heute. Und wer nur von Frieden spricht, unterschlägt die Menschenwürde. Die Völker der ehemaligen Ostblock-Staaten DDR (Deutsche demokratische Republik), Rumänien, Bulgarien, Polen lebten jahrzehntelang in Frieden. Aber sie lebten nicht in Freiheit und mussten menschenunwürdige Bedingungen über sich ergehen lassen. Frieden herrscht heute zum Beispiel auch in China und Nordkorea. Wie steht es dort mit der Freiheit? Mit der Menschenwürde? Politiker, Intellektuelle und Medienschaffende schwärmen: Die



Bild: Keystone

Schweizer Jugend interessiert sich wieder für Politik und die Friedensbewegung marschiere wieder. Die Führer der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) wittern Morgenluft und schreien ihre Anti-Armee-Floskeln in die Mikrophone. An der nationalen Friedenskundgebung vom 22. März 2003 in Bern werden Flugblätter verteilt mit dem Titel: «Bewegung für den Sozialismus – Imperialisten raus aus dem Irak!». An der Aussenwand einer Bar am Kunsthausplatz in Zürich hängen Transparente, welche die Alliierten des Völkermordes bezichtigen. Lehrerinnen und Lehrer verlegen das Klassenzimmer auf die Strasse und marschieren mit ihren Zöglingen für den Frieden. Und unsere Innenstädte sind mit antiamerikanischen Parolen verschmiert. Wo waren eigentlich diese «Gutmenschen» in den letzten zehn Jahren? Der Bundesrat und eine Vielzahl Politiker quer durch alle Parteien haben dank dem Uno-Beitritt der Schweiz nur ein Credo: «Das Völkerrecht und die Autorität der UNO müsse wieder hergestellt werden – denn das Völkerrecht sei von den Alliierten mit Füssen getreten worden.»

Die Schweizer Behörden wären angehalten, eine integrale Neutralitätspolitik zu verfolgen, und zwar permanent. Das offizielle Geschwafel von der Rettung der Uno und der Reinstallierung des Völkerrechtes hat nichts mehr mit

■ ...mit der Disziplin war es wohl nicht weit her: Armeelastwagen anlässlich eines Vorbeimarsches der Felddivision 6 Ende März 2003. An die Adresse der Urheber des Plakates an der Windschutzscheibe: Freiheit hat ihren Preis – PRO LIBERTATE. ■■

einer neutralen Haltung zu tun, sondern macht uns zur Partei gegen die Alliierten. Als freiheitsliebendes Volk gehören wir dort aber nicht hin.

Zu wünschen wäre aber dringend, dass die Ereignisse im Irak ohne die plumpen antiamerikanischen Scheuklappen beurteilt werden. Frieden ohne Freiheit kennt keine Menschenwürde. Diese Ansicht – oder sprechen wir von einem Wertesystem – wird offenbar auch von der so blauäugig bejubelten Völkergemeinschaft nicht konsequent vertreten, die vom Uno-Sicherheitsrat als Wertegemeinschaft angeführt wird. Wer Menschenrechtspolitik ernst nimmt, darf sich nicht unfreiwillig zum Handlanger von Diktatoren machen.

Da die schweizerische Neutralität die Gesinnungsneutralität nicht vorschreibt, respektiere ich eine von Bürgerinnen und Bürgern getragene, ehrliche und faire Friedensbewegung. Ich nehme mir dagegen das Recht, gesinnungsmässig auf der Seite der Alliierten zu stehen: PRO LIBERTATE – für die Freiheit.

Saddam Hussein hat

- seit Beginn seiner Diktatur 1979 die Menschenrechte aller irakischen Bevölkerungsgruppen mit Füßen getreten und alle Minderheiten im Irak blutig unterdrückt.
- Mittel des «oil-for-food»-Programmes für die Wiederaufrüstung und seine Junta missbraucht und ist für die humanitäre Krise der irakischen Bevölkerung verantwortlich.
- seit 1990 systematisch die Resolutionen des UN-Sicherheitsrates missachtet, unter anderem Resolution Nr. 686 vom 2. April 1991, die u.a. die Klärung aller humanitären Fragen aus der Besetzung Kuwaits fordert, Resolution Nr. 687 vom 3. April 1991, in der dem Irak Abrüstungsaufgaben zur Wiederherstellung von Frieden und Sicherheit in der Region gemacht werden, Resolution Nr. 1284 vom 17. Dezember 1999, die die zweite Inspektorenmission begründet hat, und natürlich die Resolution 1441 vom 8. November 2002, die Saddam Hussein die letzte Chance gegeben hat, den Abrüstungsaufgaben zu entsprechen.
- seinen Bestand an Massenvernichtungswaffen nie ganz aufgegeben und seit 12 Jahren nichts unversucht gelassen, diesen zu vergrößern und zu «verbessern».
- bewiesen, dass er weder vor Giftgasterror noch vor Ökoterrorismus zurückschreckt.
- mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln auf die Vernichtung des Staates Israel hingewirkt und diese Absicht immer wieder bekräftigt.

Dossier der Menschenrechtsverletzungen von Saddam Hussein 1974–1991

(zitiert aus: Offener Brief betr. Irak: «Das Sündenregister des Saddam Hussein» der Gesellschaft für bedrohte Völker vom 15. Februar 2002)

- **1974–1976:**
291 bekannt gewordene Hinrichtungen, darunter Kurden, Kommunisten, Maoisten und Nasseristen.
- **1975:**
Einrichtung von Lagern für 14 000 kurdische Peshmerga, dort extrem hohe Sterblichkeit. Vertreibung von 25 000 Yesiden und 30 000 Khanakin-Kurden, panische Flucht von 250 000 Kurden in den Iran.
- **1975–1978:**
Vertreibung von 500 000 Kurden
- **1976–1988:**
Staatlich organisierte Mordanschläge durch irakische Diplomaten und Sicherheitsbeamte an irakischen und kurdischen Emigranten, so in Lausanne (an dem GfbV-Beiratsmitglied Ismet Cherif Vanly), in London, in Paris, in Wien, in Aden, in Beirut, in Berlin, in Khartoum und in Modesto/Kalifornien
- **1977:**
Exekution von mehreren hundert Kurden
- **1978:**
Hinrichtung von 253 Kurden im Gefängnis von Mossul.
- **September 1987 bis November 1988:**
Giftgasoffensive «Anfal» begleitet von der Zerstörung von 5000 kurdischen, assyrischen und Yezidi-Dörfern. Zahl der Opfer: 60 000 (Gutman, Handbuch Kriegsverbrechen), 150 000 (der britische Nahostexperte Prof. David Mc Dowall)
- **1979:**
Hinrichtung von 140 Personen
- **1987:**
Zahl der zerstörten chaldäischen und nestorianischen Kirchen erreicht 85.
- **1980–88:**
Angriffskrieg gegen den Iran mit etwa einer Million Toten.
- **1981:**
300 vollstreckte Todesurteile an Kurden und Anhängern der Baath-Partei.
- **1982:**
Hinrichtung von 27 Turkmenen, 166 Schiiten und 35 Kommunisten.
- **1983:**
300 Hinrichtungen von Offizieren, Deserteuren, Demokraten und Schiiten.
- **1984:**
Hunderte von Hinrichtungen, darunter Schüler, Studenten und Kurden.
- **1985:**
Ermordung von 300 Kurden, Hinrichtung von Assyrern und Kommunisten.
- **1986:**
Hinrichtung von 83 kurdischen Studenten, 25 KDP-Mitgliedern, 38 Studenten der PUK und Ermordung von 300 verschwundenen kurdischen Kindern nach Folterung mit Elektroschocks und sexuellem Missbrauch.
- **1987:**
Verschwinden von 180 Schiiten, Exekution von 360 gefangenen Kurden, darunter 17 Kindern, Vergiftung von 40 Angehörigen des Geheimdienstes mit Thallium.

- **1988:**
Massenerschiessung von 8000 männlichen Angehörigen der Barzani-Grossfamilie (Parallele zu Srebrenica), Hinrichtung von 400 durch Luftangriffe verletzten kurdischen Zivilisten in der Tamjaro-Kaserne, Massenhinrichtung von 1000 Kurden in Dohuk.
- **1988:**
Giftgasangriff auf Kurden-Stadt Halabja mit 5000 Opfern.
- **1989:**
Verschwinden von 33 Assyern, Hinrichtung von 94 Deserteuren, Hinrichtung von drei Generälen.
- **1991:**
Invasion Kuwaits.
- **1991:**
Niederschlagung des Schiitenaufstandes: 60000–100000 Tote.
- **1991:**
Niederschlagung des Kurdenaufstandes, Flucht von etwa 1,5 Millionen Kurden in die Bergregionen des türkischen und iranischen Kurdistan, Zehntausende zivile Opfer.

Aktuelle Herausforderungen für eine aktive Menschenrechtspolitik im Irak

zitiert aus: Presseerklärung der Gesellschaft für bedrohte Völker vom 31. Januar 2003:

- die Gefängnisse wie die berühmten Kerker von Abu-Ghraib und al-Radhwanija, in denen Tausende Iraker alle Nationalitäten ermordet wurden, aufsuchen und die Freilassung aller politischen Gefangenen durchsetzen;
- überall im Lande nach improvisierten Lagern und Sammelplätzen für politische Gefangene suchen und so weitere Folter, Exekutionen und das Verschwindenlassen von Menschen verhindern;



- das Schicksal von 300000 bis 400000 verschwundenen oder ermordeten Schiiten klären;
- den Verbleib von nach kurdischen Angaben 182000 Opfern der Giftgasoffensive «Anfal» klären;

- die Situation der 250000 so genannten Marscharaber recherchieren, von denen mehr als 200000 in andere Teile des Irak deportiert oder in den Iran vertrieben wurden.

●●●● 5 klare Worte und Positionen

Zusammenfassung dieser PRO-LIBERTATE-Mitteilungen

1. **18. Mai 2003: Bürgerinnen und Bürger an die Urnen und Einfluss nehmen! Denn wer nicht politisiert, mit dem wird politisiert...**
2. **18. Mai 2003:**
2x Nein zu den Energie-Stopp-Initiativen (Stopp Atom und MoratoriumPlus)!
3. **18. Mai 2003:** Nein zur «Lehrstellen-Initiative»!
4. **18. Mai 2003:** Armee XXI kann als echt schweizerischer Kompromiss unterstützt werden.
5. **PRO LIBERTATE:** Frieden ohne Freiheit ist menschenunwürdig.

und ●●●● 4 dringende Hinweise

1. **Agendaeintrag:**
27. Juni 2003, Freitag, Besuch der Basler Rheinhäfen: Jetzt anmelden!
2. **Agendaeintrag:**
12. September 2003, Freitag, Besuch der Erdöl-Raffinerie in Cressier NE.
3. **Dringend unterschreiben:**
Volksinitiative «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda».
4. **Nicht vergessen:**
Aktion Armee-Batzen: Vermerk *LV-Fonds* auf dem Einzahlungsschein – Freiheit hat ihren Preis!

PRO  LIBERTATE – mit Sicherheit mehr bürgerliche Schweiz.

Schweizerische Vereinigung
PRO LIBERTATE
Jahresbeiträge:
Mitglied: CHF 40.—
Ehepaar: CHF 60.—
Gönner: CHF 100.—
Sympathisant: nach freiem Ermessen

**So können Sie
Beitrittsunterlagen anfordern:**
Telephon: 031 332 57 84,
Fax: 031 332 57 85
Post: PRO LIBERTATE,
Postfach, 3000 Bern 11
Internet: www.prolibertate.ch,
E-Mail: info@prolibertate.ch

Impressum

Redaktion: W. Gartenmann, M. Gerber, A. Bossard
Geschäftsstelle: Schweizerische Vereinigung
PRO LIBERTATE, Postfach, 3000 Bern 11
Tel. 031 332 57 84 • Fax 031 332 57 85
Internet: www.prolibertate.ch
E-Mail: info@prolibertate.ch
Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt.
Erscheint 6x jährlich. Leserschriften müssen
nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.
Spenden: PC-30-26847-0

Vorstand

Werner Gartenmann (Präsident), 3800 Matten b. I.
Max Gerber (Vizepräsident), 3000 Bern 16
Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen
Thomas Fuchs (Sekretär), 3018 Bern-Bümpliz
Alfred M. Zumbrunn, 3645 Gwatt
Ami Bossard, 3800 Matten b. I.
Redaktionsschluss dieser Nummer: 10.4.2003

Schon vorbeigesurft?
www.prolibertate.ch